CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern
Hubertus Hermanns
Wischhausstrasse 46
48346 Ostbevern
Tel.: 02532/1046

CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

Gemeinde Ostbevern
z. H. Herrn Bürgermeister
Joachim Schindler
Hauptstr. 24
48346 Ostbevern

Ostbevern, 02. Februar 2014

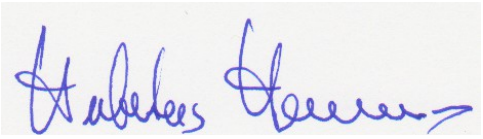
Betreff: Haushalt 2014, Antrag zum Bau von Asylbewerberunterkünften

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schindler,

mit Schreiben vom 21.Januar 2014 hatten wir um die Klärung / Beantwortung offener Fragen zum Haushaltsentwurf 2014 gebeten, die mit Schreiben vom 27.Januar beantwortet wurden. Dennoch ergeben sich aus unserer Sicht noch offene Fragestellungen.
Für den Neubau von Asylbewerberunterkünften sind für 2014 und 2015 insgesamt 1,3 Mio € vorgesehen. Dass die vorhandenen Unterkünfte nicht mehr den Anforderungen genügen und dringender Handlungsbedarf für die Bereitstellung adäquater Unterkünfte besteht, steht vollkommen ausser Frage, daher hat die CDU-Fraktion die Suche nach Alternativen und anderen Standorten auch uneingeschränkt mitgetragen. Für einen Neubau sind für uns zur Zeit noch nicht alle für diese weitreichende Entscheidung notwendigen Faktoren bekannt. Dass die Anzahl der zugewiesenen Asylbewerber zugenommen hat, ist den Zahlen im Haushalt zu entnehmen , ebenso ist anzunehmen, dass in den nächsten Jahren weitere Zuweisungen erfolgen. Aber: wie lange und wie viele? Die Antwort darauf gleicht einem Blick in die „Kristallkugel“. Umso wichtiger ist es, nicht unnötig langfristig Kapital in Immobilien zu investieren von denen niemand weiss, wie lange sie gebraucht werden und zu einem Zeitpunkt, zu dem absehbar ist, dass durch den demographischen Wandel in absehbarer Zeit Immobilien , auch in gemeindlicher Hand, frei werden.
Ausserdem erwarten wir zukünftig bei jeder grösseren Investition eine Anlassbezogene Wirtschaftlichkeitsberechnung, die als Entscheidungsgrundlage die möglichen Alternativen gegenüberstellt. In diesem Fall ist das zumindest die Gegenüberstellung Neubau durch Gemeinde (und zwar verschiedene Bauformen z.B. Fertigmodule als Übergangswohnungen mit einer Nutzungszeit von ca.20 Jahren), Anmietung verschiedener dezentraler Objekte und Investorenmodelle.
Am Ende muss die wirtschaftlichste Lösung als Ergebnis stehen.
Dabei kann natürlich der Neubau durch die Gemeinde als Ergebnis die richtige Lösung sein, aber, für eine Entscheidung fehlen uns derzeit die oben genannten Grundlagen.

Daher beantragen wir für das Haushaltsjahr 2014 den Mittelansatz von 650 T€ auf 50T€ für Planungskosten zu reduzieren und vor einer Entscheidung zunächst die o.a. Grundlagen zu erarbeiten.
Dabei sollte die begonnene Standortsuche weiter fortgeführt werden und, sobald sich mögliche Standort(e) rauskristallisiert haben, ein beschränkter Investorenwettbewerb ausgeschrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Hubertus Hermanns